



**CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln**

Historisches Rathaus – 50667 Köln

An den  
Vorsitzenden des  
Finanzausschusses  
Herrn Martin Börschel

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

**CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln**

Historisches Rathaus  
50667 Köln

Tel: 0221-221 259 70  
Fax: 0221-221 265 74

[www.fraktion.cdu-koeln.de](http://www.fraktion.cdu-koeln.de)  
[cdu-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:cdu-fraktion@stadt-koeln.de)

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.09.2010

**AN/1783/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	27.09.2010

**Änderungsantrag zu TOP 8 des Finanzausschusses am 27.09.2010**

Sehr geehrter Herr Börschel,  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet Sie, nachfolgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 27. September 2010 zu setzen:

Die CDU-Fraktion hält den Haushaltsplanentwurf 2010/2011 für nicht akzeptabel und schlägt daher folgenden alternativen Beschluss vor:

**Beschluss:**

1. Der Finanzausschuss beschließt die vollständige Rücknahme der Kürzungen von Zuschüssen in 2010 und 2011 in folgenden Bereichen und beauftragt die Verwaltung diesen Beschluss in den entsprechenden Teilplänen umzusetzen:

- Freie Träger im Bereich Jugend ca. 3,6 Mio. €
- Soziales und Senioren ca. 950.000 €

( u. a. Träger der Wohlfahrtspflege, der Behindertenarbeit und der offenen Seniorenarbeit)

- Freie Kulturszene ca. 2 Mio. €

- Wirtschaftsförderung und Stadtplanung ca. 1,5 Mio. €

( u. a. Standortmarketing, Unternehmensservice und Planungsmittel)

- Straßenunterhaltung ca. 6 Mio. €
- Schuletat ca. 150.000 €
- Lehrerstelle Waldschule ca. 60.000 €
- Sport ca. 500.000 €

( u. a. Verlängerung der Pflegeintervalle)

2. Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit der unverzüglichen Umsetzung eines „Antistauprogramms“. Der Finanzausschuss stellt hierfür rd. 5 Mio. € zur Verfügung. Dieses Programm soll dazu dienen, Optimierungen bei Ampelschaltungen etc. schnellstmöglich umzusetzen.

3. Zur Finanzierung beschließt der Finanzausschuss folgende Maßnahmen:

- Der von der Verwaltung vorgeschlagene Stellenabbau wird auf jährlich 200 Stellen in den Jahren 2011 bis 2014 festgelegt.

Hierdurch lassen sich jährlich rd. 10 Mio. € mehr einsparen als von der Verwaltung vorgeschlagen.

- Die Wiederbesetzungssperre für die von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellen wird auf 24 Monate festgesetzt.

Hierdurch lässt sich gegenüber dem Verwaltungsvorschlag der doppelte Betrag einsparen, demnach in:

- 2011 15 Mio. €
- 2012 17 Mio. €
- 2013 20 Mio. €
- 2014 23 Mio. €

4. Der Finanzausschuss beschließt die Überführung der ZVK in die Rheinische Versorgungskasse.  
Hierdurch lassen sich jährlich rd. 5 Mio. € im städtischen Haushalt einsparen.

5. Der Finanzausschuss beschließt, die städtischen Anteile an der Grubo GmbH an die GAG AG zu veräußern.

Der derzeitige Verkehrswert dieses Anteils liegt deutlich über dem Buchwert, so dass mindestens ein Erlös von 20 Mio. € über Buchwert zu erzielen ist.

Eine Gesamtübersicht der Einsparvorschläge der CDU-Fraktion ist als Anlage 1 beigefügt.

6. Der Finanzausschuss beschließt die als Anlage 2 beigefügte Liste der Einzelmaßnahmen mit einem Einsparvolumen von rd. 6,8 Mio. € und beauftragt die Verwaltung diese Einsparungen in den entsprechenden Teilplänen umzusetzen.

### **Begründung:**

Der vorgelegte Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters schadet der Stadt Köln, ihren Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Wirtschaftskraft.

Die vorgesehenen Kürzungen

- sind unverträglich für die Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Strukturen in der Stadt Köln.
- sind schädlich für die Sicherung und Fortentwicklung des Wirtschaftsstandorts Köln.
- sind schädlich für den Substanzerhalt des städtischen Infrastrukturvermögens.

Sie müssen zurückgewiesen werden.

Auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten ist es notwendig, Schwächen in der Infrastruktur zu beseitigen und für ihre stete Verbesserung zu sorgen. Dazu dient die Rücknahme der massiven Kürzung bei den Unterhaltungsmitteln für die Verkehrsinfrastruktur und das umfangreiche Anti-Stau-Programm, das an die aktuelle Diskussion anknüpft und eine deutliche Leistungsverbesserung des städtischen Verkehrsnetzes zum Ziel hat.

Die geplante Gewerbesteuererhöhung um 25 Punkte ist unnötig und schädigt nachhaltig und dauerhaft das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Köln.

- Sie schädigt die Investitionskraft der zahlungspflichtigen Unternehmen.
- Sie beeinträchtigt massiv das Bemühen um die Neuansiedlung von Gewerbe und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen.

- Sie verstärkt Abwanderungstendenzen von Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen und Betrieben und verringert damit die Basis für zukünftige Einnahmen aus der Gewerbesteuer.
- Sie ist zudem nicht nachhaltig sicher in ihrer Höhe, was in der jüngsten Vergangenheit schlagend bewiesen wurde.

Sie als „Solidarbeitrag der Kölner Wirtschaft“ einzufordern ist diskriminierend, weil sie nur von einem Teil der Wirtschaft erbracht wird. Sie ist abzulehnen.

Mit dem Vorschlag, das städtische Personal dauerhaft jährlich um 200 Stellen zu verringern, wird die nachhaltige strukturelle Verbesserung des städtischen Haushalts erreicht, die der Verwaltungsvorschlag nicht erreicht. Die längere Wiederbesetzungssperre leistet einen zusätzlichen Beitrag. Bei der Auswahl und Bewertung der Stellen soll die Verwaltung die für ihren eigenen Vorschlag entwickelten Kriterien anwenden. Beide Maßnahmen erzwingen eine verwaltungsinterne Aufgabenkritik und anschließenden Aufgabenabbau sowie entsprechende Geschäftsprozessoptimierungen.

Der Verzicht auf eine eigene Kölner Zusatzversorgungskasse entlastet den städtischen Haushalt ebenfalls dauerhaft per Saldo um ca. 5 Mio. € jährlich. Die vorgeschlagenen Einzelkürzungen lt. Anlage erbringen weitere nachhaltige Einsparungen.

Um sicherzustellen, dass im Jahr 2011 die allgemeine Rücklage nicht um 5% oder mehr in Anspruch genommen wird und um ein Haushaltssicherungskonzept auszuschließen, genügt eine kleinere Sicherheitsmarge von einem knappen halben Prozent. Durch unseren Vorschlag erhöht sich die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage nur unwesentlich:

- im Jahre 2011 um 0,347 auf 4,658
- im Jahre 2012 um 0,426 auf 3,412

Zusammen mit der Veräußerung der städtischen GRUBO-Anteile an die GAG, von der wir einen deutlich über dem Buchwert liegenden Ertrag erwarten können, erlauben uns diese Maßnahmen eine solide finanzielle Deckung unserer Vorschläge. Der Erwerb der GRUBO-Anteile durch die GAG hat darüber hinaus den Charme, dass diese Anteile de facto in städtischer Hand bleiben. Die Verwaltung wird darauf zu

achten haben, dass die Vermeidung der Zahlung von Grunderwerbssteuer bei dieser Transaktion sichergestellt ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz  
Fraktionsgeschäftsführer

2 Anlagen